

Prof. Dr. Michael Gehler

## **Zeitenwende in Mitteleuropa. Die Umbrüche 1989/90 – Ursachen und Folgen**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrter Herr Staatsminister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Fand 1989 in Mitteleuropa eine Revolution statt und wenn ja wie ist ihr Ausgang zu beurteilen? Einer Legende gemäß, wonach der chinesische Revolutionsführer Mao Zedong von Stalin gefragt worden sei, was er über die Auswirkungen der Französischen Revolution von 1789 denke und ob sie ein Erfolg gewesen sei, soll Mao geantwortet haben, dass es noch zu früh wäre, um sich ein Urteil zu bilden. Diese sagenumwitterte Anekdote sei vorangestellt, wenn es darum geht, die Ereignisse von 1989 und ihre Folgen zu beurteilen.

Der französische Politikwissenschaftler Pierre Grosser sieht das Jahr 1989 in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung als Epochen-Jahr. Dieses stand in Mitteleuropa im Zeichen dramatischer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Umwälzungen, verbunden mit weitreichenden Erfahrungen. Sozialistische Regime gaben ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Schnelligkeit auf. Die Ereignisse in Deutschland standen zeitlich in der Mitte: Die Ostdeutschen machten nicht den Anfang, sondern folgten erst Polen und Ungarn, was für die internationale Akzeptanz der deutsch-deutschen Einigung ein Jahr später mitentscheidend war. Ausgangspunkt für die Einigung war der viel zitierte „Fall der Mauer“ am 9. November 1989 – präzise gesprochen handelte es sich um die Öffnung des Grenzübergangs Bornholmer-Straße in Berlin. Die Mauer stand an diesem Tag noch und war nur von westlicher Seite zu besteigen.

### **I. Länger zurückliegende Ursachen**

Mehrere Faktoren können wir für den Zerfall des realexistierenden Sozialismus in Mitteleuropa ausmachen: Die Dauerkrise und die Erosion des bürokratischen Staatssozialismus sowie die Entspannungspolitik im Rahmen der Konferenz über

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), ausgehend von der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 und den Nachfolgetreffen in Belgrad 1977/78, in Madrid 1980-1983 und in Wien 1986-1989, wobei Bürgerrechte und Reisefreiheit wichtige Themen waren. Die Reformbestrebungen unter Michail S. Gorbatschow in der Sowjetunion, die seit Mitte der 1980er Jahre den Andersdenkenden in den „sozialistischen Bruderstaaten“ politische Motivation und moralische Legitimation für ein immer offener zur Schau gestelltes Oppositionsverhalten gaben, brachten auch Bewegung in die deutsche Frage.

Das „Umbruchjahr“ 1989 war Ergebnis der „erfolgreich gescheiterten“ Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung“, der die „Revolte gegen die Ersatzreligion des Kommunismus“ folgte, wie es der deutsche Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt formuliert hat.

Ein Zusatzfaktor bestand im Handeln des Vatikans, der selbst Akteur im Kalten Krieg war: Im Herkunftsland des Papstes sollte die größte Gewerkschaftsbewegung mit Solidarność und damit die erste organisierte Massenopposition ihren reformpolitischen Anfang nehmen. Carol Woytyła bot als Papst Johannes Paul II. die ideelle, geistige und moralische Stütze der politischen Opposition in Polen.

Hinzu kam die innere Selbstüberhebung der kommunistischen Herrschaft („Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“, so Erich Honecker) mit der vorausgegangenen äußeren Überdehnung des sowjetischen Machtbereichs durch den Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 und der kurz zuvor erfolgte NATO-Doppelbeschluss zur Nachrüstung nach der vorhergehenden sowjetischen Aufrüstung Mitteleuropas mit Mittelstreckenraketen.

Zuletzt war es das Unvermögen des Sozialismus, auf den kommunikationstechnologischen Wandel adäquat zu reagieren. Es zeigte sich dabei auch seine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im weltwirtschaftlichen Kontext der Globalisierung.

## **II. Unmittelbar wirkende Ursachen**

Die Abdankung und Entlassung der alten Politikergarde um den gesundheitlich schwer angeschlagenen und handlungsunfähigen Sowjetführer Leonid Breschnew;

die sich abzeichnende militärischen Niederlage der UdSSR in Afghanistan und der von Gorbatschow verordnete Abzug der Sowjetstreitkräfte im Januar 1989; der schleichende ideologische Erosionsprozess; das Entstehen „zweiter“ oder so genannter Schatten-Wirtschaften; die verstärkte Integration Mitteleuropas in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit der Zunahme der Auslandsschulden; die Unmöglichkeit, die von der „dritten industriellen Revolution“ ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen sowie das Anwachsen einer Zivilgesellschaft als „zweiter Gesellschaft“ führten zu einem Problemstau, der sich in den politischen Umstürzen von 1989 entlud.

Die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in Peking am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens hatte gezeigt, wie eine kommunistische Führung auf Opposition reagierte. In Mitteleuropa fand eine „chinesische Lösung“ nicht statt, weil die sowjetischen Truppen in den Kasernen blieben. Gorbatschow hätte mit einer militärischen Intervention seinen eigenen reformpolitischen Kurs (Glasnost und Perestroika) desavouiert und gefährdet. Eine chinesische Lösung hätte in Mitteleuropa auch aufgrund des KSZE-Nachfolgeprozesses nicht mehr zeitgemäß gewirkt, aber auch weil sich Opposition und Machthaber in Polen, Ungarn und der DDR über die Notwendigkeit eines friedlichen Übergangs im Wesentlichen einig waren – anders verliefen die politischen Umstürze in Rumänien mit einer konfiszierten und korrumpierten Revolution und in Jugoslawien mit Bürgerkrieg und Völkermord. Die eben genannten Vorgänge markierten regionale Unterschiede der politischen Kulturen und ihres Konfliktaustrags zwischen Mitteleuropa und Südosteuropa.

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschiede fallen im Vergleich der Umsturzereignisse in Mitteleuropa auf: Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität der „Bruderstaaten“ gebrochen hatte, wären die Umstürze wohl nicht möglich gewesen. Er war Initiator und Motor des Wandels, wenngleich er diesen in seinem Verlauf nicht mehr steuern konnte, geschweige denn seine Ergebnisse wollte: Die deutsche Einigung, eingebettet im Rahmen der KSZE und des atlantischen Bündnisses, das Ende der Sowjetunion und die NATO-Mitgliedschaft der ehemaligen sowjetischen Verbündeten und

Volksrepubliken sind Beispiele für die unbeabsichtigten Wirkungen der Politik von Gorbatschow.

„1989“ ist auch im historischen Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR, den Ungarn-Aufständen im Oktober und November 1956, dem Prager Frühling 1968 und der polnischen Gewerkschaftsbewegung der 1980er Jahre zu sehen. Die Bevölkerungen der sozialistischen Staaten hatten sich damals schon punktuell und temporär in beträchtlichem Maße von den kommunistischen Machthabern losgesagt, vor allem die mittlere Generation und die studentische Jugend, aber nicht in gleichzeitigen Aktionen wie 1989, denn alle probten den Aufstand nacheinander. Die verschiedenen vorrevolutionären Erfahrungen von 1953, 1956, 1968 und das gemeinsame kollektive Erlebnis der blutigen Niederwerfung der Volksbewegungen durch den Panzerkommunismus prägten jedenfalls in den Umbruchzeiten 1989 sowohl das vorsichtige und überlegte als auch das friedfertige und gewaltfreie Handeln der Opposition, wobei die Erfahrung der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre auch eine Rolle spielte. In Rumänien vollzog sich – ohne vorrevolutionäre Erfahrung – die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht hingegen mit Gewalt und Toten.

Die Umwälzungen in Mitteleuropa verliefen relativ friedlich, weil die kommunistischen Repräsentanten nicht nur die Einsicht zur Aufgabe und zur Übergabe ihrer Macht hatten, sondern v.a. weil es eine echte Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und ihrer Kommandowirtschaften nicht mehr gab. Dem westlichen Modernisierungsdruck war der östliche Staatssozialismus nicht mehr gewachsen.

### **III. Ursachen für den rasanten Verlauf der deutsch-deutschen Entwicklung**

Timothy Garton Ash sah das Jahr 1989 aus eigenem Erleben als Kombination von „Revolutionen“ als Druck der Straße („von unten“) und „Reformen“ der Systems („von oben“). Versucht man eine differenziertere Ursachenforschung zu betreiben, was das Ende des SED-Regimes bewirkte und die deutsch-deutsche Entwicklung 1989/90 beförderte, lassen sich mehrere Punkte – zwölf an der Zahl – benennen:

1. Fehleinschätzungen in Bezug auf die wirtschaftliche Konkurrenz- und die Existenzfähigkeit des eigenen Staates waren noch bis 1989 gegeben.
2. Im Zuge von Wahlfälschungen und wirtschaftlichem Niedergang erfolgten verstärkt Besetzungen ausländischer und bundesdeutscher Botschaften durch DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der zweiten Jahreshälfte 1989.
3. Das Aufschneiden des Eisernen Vorhangs durch Österreichs Außenminister Alois Mock und seinen ungarischen Amtskollegen Gyula Horn am 27. Juni 1989 und die mediale Verbreitung als offenes Tor zum Westen sowie das funktionierende Zusammenspiel im Dreieck Bonn-Budapest-Wien im Zusammenhang mit der offiziellen Grenzöffnung zum 11. September 1989 müssen mitberücksichtigt werden. Dieser Vorgang eröffnete nicht nur die Möglichkeit einer gelungenen Massenflucht von DDR-Urlaubern aus Ungarn, sondern bildete auch den „ersten Riss in der Mauer“, wie es Andreas Opatka bildhaft beschrieben hat: der Anfang vom Ende des SED-Regimes.
4. Die offiziellen Feiern um den 7. Oktober anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung misslangen aufgrund der Massenproteste in der „Hauptstadt der Republik“. Das war gescheiterte Erinnerungspolitik.
5. Eine Eigendynamik revolutionärer und umsturzartiger Ereignisse sowie der Zerfall des SED-Machtmonopols setzten ein.
6. Der Zufall spielte eine Rolle in Berlin-Ost und Entschlussfähigkeit folgte in Bonn: Die vorzeitige Öffnung des Grenzübergangs in Berlin Bornholmer-Straße war durch die verunglückte Mitteilung auf einer Pressekonferenz am Abend des 9. November ausgelöst worden: Schabowskis Verzettelung. Das von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag verkündete „Zehn-Punkte-Programm“ gab am 28. November 1989 eine deutschlandpolitische Zielrichtung vor. Das war sowohl ein bemerkenswerter Ausdruck bundesdeutschen Souveränitätswillens als auch ein politischer Emanzipationsakt von den – für Deutschland als Ganzes eigentlich zuständigen – Vier Mächten.
7. Eine doppelte innerdeutsche Annäherung war einerseits durch einen nach polnischem Vorbild gebildeten „Runden Tisch“ gegeben, an dem Vertreter der Regierung, der Kirche und der Opposition saßen, andererseits folgte das Treffen zwischen Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden, welches zur Vereinbarung der beiderseitigen symbolhaften Durchschreitung des geöffneten Brandenburger Tors am 22. Dezember 1989 führte.

8. Im Kreml herrschte aus Bonner Sicht allzu langes Schweigen und somit kein positives Signal zur deutsch-deutschen Entwicklung und in der DDR trug der „Runde Tisch“ zur Vermeidung einer Situation bei, die aus dem Ruder hätte laufen können. Mitte/Ende Januar 1990 setzte ein Umdenken im Kreml ein und im Februar 1990 erkannte Gorbatschow das Selbstbestimmungsrecht zur Einheit praktisch an.

9. Fortgesetzte Demonstrationen sowie ein drohender Massenexodus aus der DDR bewirkten vorgezogene freie Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mit dem Sieg der „Allianz für Deutschland“. Wenn man den politischen Entscheidungsprozess beurteilen will, der zur deutschen Einheit führte, wird man das hohe Tempo der Entwicklungen und den daraus resultierenden enormen Zeitdruck in Rechnung stellen müssen, unter dem die politischen Akteure standen und der sich seit Herbst 1989 kontinuierlich erhöhte. Die gesteigerte Geschwindigkeit der Vorgänge erdrückte Gegnerschaft, Opposition und Widerstand gegen die deutsch-deutsche Einigung – innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Die fortwährenden Demonstrationen und Massenproteste in der DDR bauten so einen Druck auf, so dass die Politik von den Ereignissen getrieben war. Deutsche und europäische Politiker konnten nur mehr reagieren. Dieser Vorgang hielt bis zur ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 an, durch die sich der politische Druck entladen konnte und kanalisiert wurde. Das „Gesetz des Handelns“ ging seit Frühling 1990 dann wieder auf die Politik über, die allerdings den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess hinnehmen musste und gerade noch so gut wie möglich zu beeinflussen und zu steuern versuchte.

10. Die Attraktivität der D-Mark spielte für die Ostdeutschen eine erhebliche Rolle, worauf die Bundesregierung bereits im Februar 1990 mit der Ankündigung des Vorhabens einer deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion reagierte. Die EG benötigte die Bundesrepublik für die Realisierung des seit 1985 bereits angekündigten Binnenmarkts mit den „vier Freiheiten“ (Personen, Dienstleistungen, Güter und Kapitalverkehr), den Jacques Delors als EG-Kommissionspräsident mit der Zielmarke für 1992 verfolgte. Die sich vollziehende deutsche Einigung zwang die übrigen EG-Staaten zur Vertiefung der europäischen Integration. Der kategorische Imperativ der doppelten Integration war sowohl durch die auf innerdeutscher Ebene vollendete Tatsache der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als auch durch das EG-Binnenmarkt-Projekt so zwingend geworden, dass Delors' Vorhaben ohne die Bundesrepublik nicht realisierbar und deshalb auch

die Zustimmung der übrigen EG-Partner erforderlich war. Dieser doppelte Integrationsimperativ machte in Westeuropa den Weg zur deutschen Einigung frei.

11. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen waren Europas Politiker zunächst gegen eine rasche deutsche Vereinigung eingestellt. Ganz anders verhielten sich die US-Präsidenten Ronald Reagan zuvor schon und in den entscheidenden Jahren 1989/90 George H. W. Bush, nämlich positiv. Die politische Führung der Vereinigten Staaten reagierte nicht nur wohlwollend, sondern agierte auch als Bündnispartner jener deutschen Politiker, die die Einheit wollten. Ohne US-amerikanische Zustimmung und Unterstützung hätte die deutsche Vereinigung nicht so schnell erreicht werden können, insbesondere im Zeichen des Abwartens, der Gegnerschaft, der Überraschung und Verunsicherung seitens der Mehrheit der europäischen Politiker. Das nachlassende Misstrauen im Westen, v.a. seitens der großen EG-Partner, gegenüber der rasanten deutschen-deutschen Entwicklung wurde durch vertrauensbildende Maßnahmen der Bundesregierung befördert. Die innerdeutsche Lösung der deutschen Frage erfolgte durch die Bildung der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ am 1. Juli, den Einigungsvertrag am 31. August und den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes laut Artikel 23 am 3. Oktober 1990, die äußere Regelung durch den „Zwei-plus-vier“-Vertrag, unterzeichnet am 12. September 1990 in Moskau (in Kraft getreten am 15. März 1991) und die deutsche Zusage verstärkter europäischer Integrationspolitik in einer zukünftigen Europäischen Union.

12. Die von Helmut Kohl forcierte Lösung der Integration bestand in der Verfolgung der deutschen Einheit bei gleichzeitiger Zustimmung zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Unterstützung der Vor- und Wegbereitung einer gesamteuropäischen Einigung. Die europäischen Öffentlichkeiten waren mehr oder weniger für die deutsche Einheit eingestellt auch aufgrund der Fernsehberichte, die die überwältigenden Bilder von den jubelnden Ostdeutschen zeigten, als die Grenzöffnungen erfolgten. Die tendenziell relativ positiv gestimmte öffentliche Meinung im westlichen Europa behielt die Oberhand vor der zunächst noch vorherrschenden Zurückhaltung der westeuropäischen Politiker.

**IV. Zwischenfazit: Die deutsche Einigung als ein Ergebnis diplomatischer Kompromisse und pragmatischer Lösungen des politischen Interessenausgleichs**

Die deutsche Einigung war Ergebnis diplomatischer Kompromisse und einer pragmatischen Politik des „do-ut-des“ im Zeichen von „Realpolitik“ als Kunst des Möglichen. Sie war auch die Konsequenz vernunftgemäßen Handelns. Weniger freundschaftliche Beziehungen unter den politisch Handelnden (z. B. Genscher-Schewardnadse) als Aushandlungsprozesse verschiedenster politischer Interessen waren maßgeblich. Unabhängig von ideologisch-politischen Lagern gab es eine parteienübergreifende Konsenssuche und Lösungsfindung unterschiedlichster Akteure: Bush agierte als Republikaner, Gorbatschow als Kommunist, Kohl als Christdemokrat, Delors und Mitterrand als Sozialisten und Thatcher als Konservative. Und alle konnten etwas erreichen: Bush bekam das vereinte Deutschland fester im Westen, vor allem in der NATO integriert – verbunden mit der Perspektive ihrer Erweiterung nach dem Osten Europas, was 1989/90 allerdings noch nicht auf der politischen Agenda stand. Gorbatschow erhielt weitere Finanzhilfen aus dem Westen, vor allem von Deutschland, um das politische Überleben der UdSSR zu sichern, aber auch ein von NATO-Stützpunkten freies Ostdeutschland, also eine Art „Österreichlösung“ für die neuen deutschen Bundesländer – an eine NATO-„Osterweiterung“ war aus sowjetischer Sicht gerade auch vor diesem Hintergrund gar nicht zu denken, geschweige denn einen solchen Vorgang zu akzeptieren. Kohl bekam die deutsche Einheit, Mitterrand den Euro (für die Aufgabe der D-Mark, die er einmal intern mit einer deutschen Atombombe gleichgesetzt hatte), Thatcher den von ihr favorisierten Binnenmarkt sowie ein von der NATO kontrolliertes Deutschland. Delors und die EG-Partner erreichten ein stärker eingebundenes und damit auch besser kontrolliertes Deutschland, indem die Europäischen Gemeinschaften in eine zukünftige Europäische Union umgewandelt werden konnten.

Deutschlands Vereinigung ist ein Musterbeispiel für eine diplomatisch-politische Meisterleistung der Kompromissfindung, in dem eine unumkehrbare Entwicklung einen unvermeidbaren politischen Entscheidungsprozess erzwungen hatte.

## **V. Vergleichende mitteleuropäische Perspektiven**

Die revolutionären Ereignisse in Mittel-Osteuropa machten insgesamt sehr deutlich, dass die kommunistischen Herrschaftsträger auf den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols weitgehend verzichteten, jedenfalls in Polen, Ungarn und der DDR. Ihr Informationsmonopol konnte nicht mehr beibehalten werden. Dabei agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator der umsturzartigen Geschehnisse. Die



westdeutschen TV-Medien hatten Appellations- und Demonstrationsfunktion, was die Protestbewegungen in Gang setzte und am Laufen hielt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der ostdeutschen Umsturz-Bewegung. Die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierte von den vorausgegangenen Freiheitsbestrebungen. Rumänien eilte der Entwicklung nur noch gewaltsam nach. Im Vergleich zu Polen (Lech Wałęsa) und der ČSSR (Václav Havel) gab es in der DDR – einmal abgesehen von mutigen Pfarrern wie Christian Führer oder Rainer Eppelmann – keine herausragende, intellektuelle, charismatische und die Massen bewegende Führungspersönlichkeit des gesamten und ihn einenden inneren Widerstands. Personen, die sich dafür geeignet hätten, waren entweder in Haft, verweilten in innerer Emigration oder hatten sich in die Bundesrepublik abgesetzt oder waren dorthin abgeschoben und ausgewiesen worden. In der DDR gab es weder eine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung noch eine „offizielle“ Plattform der Intellektuellen wie die v.a. von Tschechen getragene „Charta '77“. Es waren vereinzelte Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche. Das alles sollte sich im Herbst 1989 jedoch schlagartig ändern.

Karlheinz Blaschke spricht von der sächsischen Revolution als städtischem Ereignis. Was sich im Oktober und November 1989 in der DDR in atemberaubender Abfolge in Plauen, Dresden, Leipzig und erst später in Ost-Berlin entwickelte, war tatsächlich eine zunächst und vor allem protestantische, sächsische und städtische Bürgerbewegung, ohne die der spätere gesamtdeutsche Einigungsprozess in seiner Eigendynamik nicht zustande gekommen wäre.

Der Versuch gegen das erwähnte Dreieck Budapest – Wien – Bonn eine gegnerische Achsenbildung Berlin/Ost – Prag – Bukarest (Honecker – Husák – Ceaușescu) zustande zu bringen, sollte nicht mehr gelingen. Die Folgen der mitteleuropäischen Ereignisse von 1989 waren komplex.

## **VI. Die Folgen**

In Betrachtung des historischen Gesamtverlaufs des 19. und 20. Jahrhunderts war das Jahr 1989 eigentlich nur ein kurzer Augenblick der Freiheitsmanifestation, eine Ereignisverdichtung mit „Folgen einer unerhörten Begebenheit“ (Wolf Lepenies), ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mitteleuropa. Insofern wurde ein Jahrhundert abgewählt, wie Timothy Garton Ash zutreffend festhielt.

Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An die Stelle alten Kommunismus trat neuer Nationalismus, der vom sozialistischen Sowjet-Universalismus nur scheinbar befriedet worden war. Die Revolution fraß ihre Kinder in Polen, der ČSSR und der DDR: die polnische Solidarność zerbrach in Einzelparteien, das tschechische „Bürgerforum“ zerfiel noch vor der Sezession von Slowaken und Tschechen und das „Neue Forum“ der DDR war im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie. Die Macht der Aufbegehrenden hatte 1989 zwar in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestanden: In der erreichten De-Legitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.

Freiheitserringung bedeutete nicht automatisch Demokratiesicherung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens. In das Machtvakuum der Jahre 1989/90 drangen mittel- und langfristig auch alte Ideologien und neue Kräfte ein: Ausländerfeindlichkeit, Anzeichen von Bürgerkrieg, Fremdenhaß, Extremismus, Radikalisierung, Sezession und Terrorismus.

Im Wandel von postkommunistischen zu neu-demokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich so auch Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre.

Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder gar sozialistischer Nostalgie. Wie eine Alge verbreitete sich die „Ostalgie“.

Das Jahr 1989 bedeutete nur eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unterschiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Die Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus entstandenen Gewohnheiten, Kulturen und Mentalitäten von heute auf morgen zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Identitäts-, Konsolidierungs- und Stabilitätskrisen.

Vor einer Mythologisierung und Verklärung der „Revolutionen“ in Mitteleuropa von 1989 ist daher abzuraten: Es waren weder gewaltsame Umwälzungen, noch gab es substantiellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte nicht zwingend ein Eliten-Wechsel. Es waren Umsturz-Bewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten.

In sehr kurzer Zeit waren die neuen Staatsformen gezwungen, die über Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommando- und Planwirtschaft zum Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus legte ideologische und mentalitätsspezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen.

Die ČSFR erlebte eine Sezession in Tschechien und Slowakei. In Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus, der zu ethnischen Säuberungen ungeahnten, ja Genozid-artigen Ausmaßen führte. Die Sowjetunion hatte bereits 1991 ihr Leben ausgehaucht. Es folgte die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

„1989“ war gleichzeitig Wiederentdeckung Mitteleuropas, „Rückkehr nach Europa“ (Hans Lemberg) und „Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung“ (Kühnhardt).

Bereits die Europäischen Gemeinschaften starteten Unterstützungsmaßnahmen für die potentiellen Beitrittskandidatenländer. Hierbei spielte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London eine Rolle. Die Weltbank, der IWF und ausländische Konzerne kamen hinzu und nahmen ebenfalls einen wichtigen Part beim „Aufbau Ost“ ein. Die EU-Maßnahmen stellten laut Philipp Ther weniger eine „Friedens-“, sondern vielmehr eine „Wohlstands-Mission“ dar. Alles zusammen genommen waren diese Prozesse, die einer „nachholenden Modernisierung“ gleichkamen, einmalige historische Vorgänge. Die seit der EU-„Osterweiterung“ (2004/07) geleisteten Transfers übertrafen bei weitem das amerikanische Wiederaufbauprogramm European Recovery Program (ERP) für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (1948-1952/53) in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Empfängerländer. Dieser historische Vorgang wird auch mit Blick auf eine groß angelegte geoökonomische und geostrategische Konzeption des Westens interpretiert, die mit Deregulierung, Neoliberalismus und mit jener der EU vorausseilenden NATO-„Osterweiterung“ zusammenhing.

Westeuropa reagierte zunächst 1989/90 neben Delors' Integrationsprogramm: Vertiefung (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor Erweiterung desorientiert, distanziert und hilflos. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft sollte sich als vordergründig erweisen. Der Transformationsprozess war von einem ökonomischen Niedergang begleitet. Dem „annus mirabilis“ 1989 folgten „anni miserabiles“ (Ivan Berend). Stichwort: Abwicklung, Besser-Wessies, Treuhand-Misere und wachsende wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West.

Demokratie und Marktwirtschaft liefen so Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren und aufgrund nur langsamer oder fehlender Umsetzungsmöglichkeiten fragwürdig zu werden. Daher wird im Jahr 1989 auch die Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee gesehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates wurde deutlicher denn je. Eine systematisch angelegte bilanzierende Untersuchung der Gewinner und Verlierer der Umsturzbewegungen und die Beantwortung damit zusammenhängender Fragen des Schutzes und der Entschädigung der Verlierer steht immer noch aus. Das einmalige Experiment eines Transformationsprozesses der europäischen Geschichte

verlief zwar in Mitteleuropa weitgehend friedvoll, war aber lange noch nicht abgeschlossen.

Wurde zwar 1989/90 Wandel durch Repräsentation bewirkt, so war „Repräsentation“ als unbestrittenes Prinzip noch nicht gesichert, wie auch der demokratiepolitische Problemfall Slowakei und offiziell zur Schau getragener Rechtspopulismus bis hin zu Rechtsbeugungen in Polen, Tschechien und Ungarn zeigten. Rechtsextremismus und Neonazismus am Beispiel des zu dem viele Fragen aufwerfenden Fall Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) machten auf Defizite der ermittelnden Behörden und der demokratischen Instanzen deutlich.

Gleichwohl im westlichen Rückblick die revolutionären Ereignisse 1989/90 als „Freiheitsrevolution“ erschienen und als solche bejubelt wurden, hatte sich im positiven Sinne eine „89er“-Generation der Freiheit im Osten nicht so deutlich artikuliert und manifestiert wie vergleichsweise die anders zu beurteilende 68er-Generation.

Im Unterschied zum Kalten Krieg, der in der Mitte des Kontinents mit dem „Eisernen Vorhang“ eine Trennlinie gezogen hatte, verlagerten sich nach 1989 die Konfliktzonen an die Peripherien Europas. Ein grenzenloses Europa schien nun für alle Zeiten gesichert. Dass jedoch Grenze ein existentielles Menschheitsbedürfnis ist, weiter gültigen Fortbestand haben würde und als solche auch notwendig war, dämmerte erst angesichts der „Flüchtlingskrise“.

Mit dem Jahr 2015 und der Errichtung von meterhohen Stacheldrahtzäunen an den Binnen- und Außengrenzen der EU war das Jahr 1989 mit der Niederreiung des „Eisernen Vorhangs“ zu Ende gegangen: Wenngleich die Hintergründe und Motive unvergleichbar erscheinen: Mit diesen Abwehrhaltungen und Abschottungsmanahmen gegen die Zuwanderung von „fremden“ Menschen vorwiegend muslimischen Glaubens ist der kulturelle und mentalitätsgeschichtliche Eiserne Vorhang zwischen Westeuropa einerseits sowie Mittel- und Osteuropa andererseits deutlicher denn je sichtbar geworden. Dieser kulturelle und mentale Vorhang verläuft relativ genau an der sogenannten innerdeutschen Grenze bzw. der ehemaligen Staatsgrenze der DDR.

## **VII. Fazit: Das Jahr 1989 als Zäsur-Jahr der europäischen Geschichte mit weltpolitischen Folgen**

1989 verdient eine globale Betrachtung und erfordert Reflexion. Das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) zu verkünden, war vordergründig. Nach einer euphorischen Aufbruchstimmung über die sich angeblich auflösenden Konfrontationsmuster und Strukturen des Kalten Krieges zeigten sich differierende Auswirkungen und Entwicklungen der Ereignisse dieses Jahres, die die Welt veränderten. Während sich der Osten Europas öffnete und die Demokratie mit allen Stärken und Schwächen Einzug hielt, erlebte China nur einen Monat den Traum des Wortes „Freiheit“. Der Herbst der Völker hat eine Realität aufgerollt, die fundamentale tektonische Veränderungen nach sich zog. Das Jahr 1989 setzte einerseits die Globalisierung der Freiheit, andererseits aber auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Humanisierung der Welt sowie das Bewusstsein für die Klimaerwärmung der Erde in Gang. Das Jahr 1989 förderte gleichzeitig eine Emanzipation älterer Nationalismen und eine Spirale der politisch-militärischen Gewalt mit dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und den Kriegen in Liberia und Somalia sowie den Dschihad unter Führung Bin Ladens, der nach seinem Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan eine neue anti-amerikanische Strategie zu entwickeln begann.

Die geopolitischen Folgen waren revolutionär: Die deutsche Einigung (1990), die Auflösung des Warschauer Pakts und die Implosion der Sowjetunion (1991), der Zerfallsprozess Jugoslawiens auch mit Krieg und Gewalt (ab 1991), die Gründung der EU durch den Maastrichter Unionsvertrag (1993) sowie die NATO- (ab 1999) und die EU-Osterweiterung (ab 2004/07) sind sichtbarste Ergebnisse und Folgen der tektonischen Verschiebungen und geopolitischen Umwälzungen auf dem Kontinent. Die Vereinigten Staaten ignorierten nach ihrem Siegestriumph des gewonnenen Kalten Krieges die Sicherheitsinteressen Russlands im Osten Europas, was Formen eines neuen Kalten Krieges nach sich zog.

„1989“ ist als ein europäisches Zäsur-Jahr mit weltpolitischen Folgen und daher auch als ein Epochen-Jahr zu begreifen, weil es nicht nur revolutionäre Ereignisse, sondern auch revolutionäre Folgen nach sich zog. Es bedeutete nicht nur das

scheinbare Ende des Kalten Krieges, der ein Dritter Weltkrieg war, sondern auch das Ende der so genannten bipolaren Welt. Die Hyperdominanz der USA wurde nach einem Jahrzehnt des Übergangs spätestens mit 9/11 von einer Welt der Multi-Polarität mit neuen globalen Mächten abgelöst. Mit dem Jahr 1989 sind nicht nur demokratiepolitische Aufbrüche und Emanzipation möglich geworden, sondern auch neue nationalistische Bedrohung und internationales Risiko entstanden. So lassen sich abschließend drei Thesen formulieren.

**These 1:** Die umsturzartigen und revolutionären Ereignisse verliefen in Mitteleuropa 1989 deshalb so relativ friedlich und gewaltfrei, weil die Entspannungspolitik des KSZE-Nachfolgeprozesses in dieser Region Europas stärker wirkte und sich auch ausgehend davon mehr bürgerrechtliche und zivilgesellschaftliche Strukturen bilden konnten als in Südosteuropa (Stichwort „Balkan“).

**These 2:** Die friedlichen Übergänge in Mitteleuropa waren praktisch auch ein bisher nicht so benanntes unbewusstes Zusammenwirken ökumenischer Wirkkräfte: Der polnische Papst und der Vatikan als geistiges Imperium sui generis einerseits und die evangelisch-lutherische Protest-Bewegung („Protestanten“) in der DDR andererseits ergänzten sich wechselseitig und trugen damit zur Hinterfragung und Unterhöhlung des Sozialismus als Ersatzreligion sowie zum Ende seiner Einparteiensysteme mit bei.

**These 3:** In den Jahren 1989/90 und der Bewältigung seiner Folgen lagen sowohl Chancen als auch Risiken. Das ist die bleibende Herausforderung. Die Frage „Wie nun weiter?“ stellte sich stets aufs Neue und das ist so bis heute geblieben. Sie muss in einer gesellschaftlich und sozial ausgewogenen Art beantwortet und entsprechend politisch behutsam und klug agiert werden.

**Zuletzt noch ein Schlussgedanke:** Die Veränderungen der Jahre 1989/90 wurden vor allem von der Jugend und der mittleren Generation angestoßen und von pragmatisch und rational agierenden Politikern in Ost wie West umgesetzt. Diese Erkenntnis sollte eine leitende Grundlage für weiteres Handeln mit Optimismus und Zuversicht sein.